

Vorgriff aufs Verbot

Ukraine untersagt Registrierung kommunistischer Kandidaten für die Kommunalwahlen

Reinhard Lauterbach

Die ukrainische Regierung hält sich nicht einmal an ihre eigenen Prozeduren. So muss man die Entscheidung von Justizminister Pawlo Petrenko vom Freitag verstehen, die Registrierung kommunistischer Kandidaten für die im Oktober anstehenden Kommunalwahlen zu verbieten. Petrenko begründete es mit dem im Mai in Kraft getretenen Verbot der »Propagierung totalitärer Symbole« und erklärte, sie stehe im Einklang mit dem zu erwartenden Ergebnis des seit einem guten Jahr laufenden Verbotsverfahrens gegen die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU). Letztere Äußerung spricht Bände über den Respekt, den der Justizminister gegenüber rechtsstaatlichen Prinzipien wie der Unabhängigkeit der Justiz und der Gewaltenteilung zeigt. Denn ein Urteil muss erst ergehen und wirksam werden, bevor sich Rechtsfolgen daraus ableiten lassen. Formal ist die KPU also derzeit nicht verboten. Im übrigen schleppt sich das Verbotsverfahren gegen die KPU von einer Vertagung zur nächsten und macht nicht den Eindruck, kurz vor dem Abschluss zu stehen. Mehrfach hatten sich Kiewer Verwaltungsrichter selbst für befangen oder unzuständig erklärt, um auf diese Weise gegen politischen Druck zu protestieren. Rechtlich bemerkenswert ist ebenfalls, dass sich die Entscheidung Petrenkos auch gegen zwei kommunistische Kleinparteien richtet, die sich vor Jahren von der KPU abgespalten hatten. Keine von ihnen war in der Vergangenheit zu Wahlen auch nur angetreten.

Das Wählerpotential der ukrainischen Kommunisten ist ohnehin gering. Die KPU, die noch 2010 13 Prozent der Stimmen bekommen hatte, landete bei der letzten Parlamentswahl bei knapp vier Prozent. Umso wahrscheinlicher ist, dass das Verbot, Kandidaten irgendwelcher kommunistischen Gruppen auch nur zu registrieren, präventiven Charakter hat. Denn die Sympathie für die in Kiew Regierenden hat abgenommen. Aktuelle Umfragen nennen Zustimmungswerte von acht bis zehn Prozent für die Arbeit der Koalition. Die von Poroschenkos Partei haben sich gegenüber der Wahl im Oktober 2014 auf elf Prozent halbiert, die Volksfront von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk ist von 23 auf zwei bis drei Prozent abgestürzt. Das folgt der Tendenz des Lebensstandards der ukrainischen Bevölkerung seit dem »Euromaidan«. Das Durchschnittseinkommen liegt nach Regierungsangaben bei umgerechnet 130 Euro, die durchschnittliche Rente bei etwa 36 Euro. Unterdessen steigen nicht nur wegen des Kursverfalls der Landeswährung die Preise für importierte Waren. Auch im Lande selbst produzierte Güter verteuern sich dramatisch: Bei Sonnenblumenöl und Obst waren es 200 Prozent innerhalb eines Jahres, bei Brot und Nudeln 175 Prozent. Die Kosten für Gas haben sich fast versechsfacht, die für Strom sind um 133 Prozent gestiegen, die für Wasser um 176 Prozent. Das Elend führt nach Presseberichten dazu, dass sich mehr Menschen das Leben nehmen, vor allem ältere. Wie die Zeitung *Westi* berichtete, kleideten sich zwei Rentner aus Charkiw vor diesem letzten Schritt aus Hohn in die Landestracht »Wyschiwanki«, jene bestickten Hemden, die die neue Staatsmacht zum Attribut des Ukrainertums erklärt hat und denen sogar ein eigener Feiertag gewidmet ist. Einer der beiden soll nach Zeugenaussagen noch »Ruhm der Ukraine« gerufen haben, bevor er sich erhängte.

Unterdessen hat eine Nachwahl zum Parlament in der nordukrainischen Stadt Tschernigiw am Sonntag beste Chancen, als Farce in die Geschichte einzugehen. Von den 91 Kandidaten wurden lediglich zweien Erfolgsaussichten eingeräumt: Sergej Beresenko von der Präsidentenpartei BPP, und Gennadij Korban von der

Partei »Ukrop«, einem Projekt des von Poroschenko ausgebooteten Oligarchen Igor Kolomojskij. Beide Kandidaten betrieben Stimmenkauf: Der Poroschenko-Mann schloss mit den Bürgern »Sozialverträge« ab und ließ sich eine Stimme umgerechnet knapp 20 Euro kosten. Der Kandidat Kolomojskij ließ Nahrungsmittelpakete verteilen, nach deren Genuss etliche Leute ins Krankenhaus kamen – die Fischkonserven waren verdorben. Zum Wahltag zogen beide Oligarchen schlagkräftiges Personal zusammen. Poroschenko Tausende Polizisten, Kolomojskij Kämpfer des Faschistenbataillons »Asow«, die sich zu Hunderten in der frontfernen Stadt versammelten. Außerdem lungern einige Hundert ortsfremde muskulöse Typen in Trainingsanzügen seit Tagen in Tschernigiw herum. Wer sie angeheuert hat, ist einstweilen unklar. Die Polizei beschlagnahmte am Samstag in einem aus Kiew kommenden Auto 150 falsche Stempel von Wahlkommissionen. Dass diese Nachwahl gefälscht sein wird, ist mehr als wahrscheinlich – die Frage ist nur, ob mit falschen oder mit echten Stempeln.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-27/001.php>